

Inhalt:

Seite 1: Konjunkturprogramm für Sachsen-Anhalt – Ein 11-Punkte-Plan / **Seite 2:** 24./25. Januar 2009: Gemeinsame Klausurtagung der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der LINKEN / **Seite 2:** Die Landtagssitzung am 22. und 23. Januar 2009 im Überblick / **Seite 4:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung: / **Seite 6:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 6:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 7:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 7:** Lesetipps

Konjunkturprogramm für Sachsen-Anhalt Ein 11-Punkte-Plan

Angesichts der sich ausweitenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Fraktion der LINKEN am 21. Januar 2009 einen [11-Punkte-Plan](#) zur Stützung und Belebung der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt vorgelegt. Der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert begründet dies so: „Das auf nationaler Ebene ohnehin magere Konjunkturprogramm wird für Sachsen-Anhalt unterdurchschnittliche Wirkungen erzielen.

Die hier besonders großen Gruppen von sozialen Transfer-EmpfängerInnen (ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung) sowie die RentnerInnen werden nicht oder nur marginal von Maßnahmen zur Kaufkraftstärkung profitieren. Veränderungen im Einkommensteuerbereich werden weniger bewirken als in anderen Ländern mit durchschnittlich höherem Einkommen.

Die bereitgestellten zusätzlichen Bürgschaften für krisenbedingt in Not geratene Betriebe dürften auf Grund der Vergabemodalitäten stark auf große Unternehmen konzentriert werden. Die kleinteilige Wirtschaft in Sachsen-Anhalt läuft Gefahr, kaum in den Genuss dieser Maßnahmen zu kommen.

Das kommunale Investitionsprogramm in Höhe von gesamt 13,3 Mrd. Euro über die beiden Jahre 2009 und 2010 würde in Sachsen-Anhalt einen Umfang von 474 Mio. Euro ausmachen. Dies entspricht in etwa dem Volumen der kommunalen Investitionspauschale, die das Land den Kommunen bis zum Jahr 2001 jährlich zur Verfügung stellte, ist also durchaus nichts Einmaliges. Die Investitionen, die der Bund selbst in Höhe von 4 Mrd. Euro zusätzlich realisieren will, sollen zur Hälfte in der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden. Davon kann Sachsen-Anhalt durchaus überproportional profitieren. Bei den verbleibenden 2 Mrd. Euro für Bauten, Ausrüstungen und Ressortforschungen des Bundes wird Sachsen-Anhalt vermutlich leer ausgehen.

Die Warnung Ministerpräsident Böhmers vor Neuverschuldung bei Inanspruchnahme konjunkturstärkender Maßnahmen ist die typische Forderung, den Pelz zu waschen, ohne ihn nass zu machen. Sachsen-Anhalt bedarf jedoch zusätzlicher Impulse aus der Landespolitik, das betrifft die unmittelbare Ausgestaltung des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung, Maßnahmen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und zur Verhinderung weiterer Abwanderung durch öffentliche Nachfrage sowie die Kaufkraftstärkung in Sachsen-Anhalt.

Das Land muss einen eigenen Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung leisten, selbst dann, wenn dies zu einer Neuverschuldung führt. DIE LINKE legt dafür einen 11-Punkte-Plan vor, der auf eine effektive Nutzung und Untersetzung der bundespolitischen Maßnahmen zielt.“

24./25. Januar 2009: Gemeinsame Klausurtagung der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der LINKEN

Im Zentrum standen die Diskussion und die Beschlussfassung zu politischen Schwerpunkten zu den Europa- und Kommunalwahlen am 7. Juni 2009, der gemeinsam gefasste Beschluss „DIE LINKE zur Wahl – Original sozial!“ ist [hier](#) dokumentiert.

Unter anderem die [Magdeburger Volksstimme](#) und die [Mitteldeutsche Zeitung](#) sowie [Agenturen](#) berichteten über die Ergebnisse der Klausurtagung.

Die Landtagssitzung am 22. und 23. Januar 2009 im Überblick

Ganze anderthalb Sitzungstage waren erforderlich, um das Pensum zu bewältigen, ohne die Anträge der LINKEN wäre das Ganze noch weitaus schneller zum Ende gekommen.

Als gewissen Höhepunkt muss man wohl die [Regierungserklärung](#) Ministerpräsident Böhmers ansehen, weniger ihres Inhalts wegen, vielmehr der Tatsache ihres Stattfindens geschuldet. [Wulf Gallert](#) bescheinigte dem Ministerpräsidenten denn auch, er habe eine Regierungserklärung über den Zeitraum einer knappen Stunde gehalten, die ursprünglich mit dem Titel „Möglichkeiten und Grenzen einer regionalen Steuerung der konjunkturellen Entwicklung“ überschrieben war. Dazu habe er verhältnismäßig wenig gesagt, Das Meiste habe darin bestanden, dass es eine solche Steuerung nicht gebe. Wer allerdings die Logik der Konjunkturprogramme der Bundesregierung teile, wer diesen im Bundesrat zustimmen wolle, könne aus Sicht der LINKEN als Land nicht die Hände in den Schoß legen. DIE LINKE habe in Sachsen-Anhalt mit einem 11-Punkte-Programm ihr politisches Angebot auf den Tisch gelegt. Es gelte, darüber inhaltlich zu diskutieren: „Wir warnen Sie davor, diese Vorschläge grundsätzlich abzulehnen. Denn in dieser Zeit jäher Wendungen könnten Sie das schneller bereuen, als andere es vergessen haben.“

An einer guten Presse kann sich der Ministerpräsident wahrscheinlich nicht recht erfreuen, beispielhaft mag dies an der Berichterstattung der [Magdeburger Volksstimme](#) und des [Neuen Deutschland](#) nachvollziehbar sein.

Das [Schulgesetz](#) wird erneut geändert, zu elften Mal, wenn richtig gezählt wurde. Für Änderungswürdig wird das Lernen der LehrerInnen erachtet, eine Qualitätsagentur soll geschaffen werden. [Jutta Fiedler](#)/DIE LINKE kann ihre Skepsis nicht vollends unterdrücken: „Sollte der Gesetzentwurf heute beschlossen werden, kann das Landesinstitut hoffentlich endlich ab 1. März mit neuer Aufgabenbestimmung arbeiten. Wir bezweifeln zwar nach wie vor, dass innerhalb der Grenzen des gegliederten Schulsystems gute Ergebnisse für jedes Kind und jeden Jugendlichen zu erreichen sind, aber wir wünschen dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung für die Erfüllung seiner neuen Aufgabe viel Erfolg und den dort Beschäftigten nun endlich ein motiviertes Beginnen.“

Der [Beschlussempfehlung](#) des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird mehrheitlich gefolgt, das Gesetz ist geändert.

Eher zum Trauerspiel gerät der [Entwurf eines Zweiten Funktionalreformgesetzes](#). Bis zum September 2008 gab es noch große Hoffnungen in dieses Projekt. Bis dann der Ministerpräsident lakonisch feststellt, das Einzige, was feststehe sei, dass eigentlich noch nichts feststehe. Der Zug war abgefahren, nun soll die Sache in ein Gesetz gegossen werden. Folgerichtig bemerkt [Dr. Helga Paschke](#)/DIE LINKE so folgerichtig wie sarkastisch: „Jede Fraktion hat jetzt ganze fünf Minuten Zeit, das zentrale Vorhaben der Landesregierung in dieser Legislaturperiode zu bewerten und zu würdigen. Eigentlich könnte man da nur resigniert schweigen oder frustriert die Redezeit

überschreiten. Ein Trost: Bloß gut, dass wir schon öfter mal drüber geredet haben!“ Geholfen habe es indes nichts, und so fragt die Rednerin: „Dies vorausgeschickt reiben sich doch interessierte Leserinnen und Leser des Gesetzentwurfes verwundert die Augen, wenn sie in der Begründung zum Gesetzentwurf Seite 29 lesen, dass – Zitat - das vorliegende Gesetz die Vorgaben des Kreisneugliederungsgesetzes und des Verwaltungsmodernisierungsgrundsatzgesetzes umsetzt. Ja, sind wir denn hier bei des Kaisers neuen Kleidern?“ Das Gesetz wird in die zuständigen Ausschüsse überwiesen, qualitative Verbesserungen, dürften allerdings kaum noch zu erwarten sein, auch hier einmal wieder geht es den Koalitionspartnerinnen CDU und SPD wie den berühmten Königskindern.

Das [Gesetz zur Neuordnung des Landesbeamtenrechts](#) ist eine der segensreichen Folgen der Föderalismusreform, es wird zunächst in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Für DIE LINKE bemerkt [Dr. Helga Paschke](#): „Ich denke, wir sollten uns bei jedem einzelnen Paragraphen die Frage stellen, ob eine modifizierte neuere Regelung stärker einem modernen Dienstrecht entsprechen würde und nicht beim kleinsten Veränderungswunsch gleich mit dem Verweis auf den notwendigen Gleichklang mit den norddeutschen Küstenländern abzielen. Leider hat das Beamtenstatusgesetz des Bundes uns nicht gerade was Revolutionierendes vorgelegt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die von uns zu verabschiedenden Regelungen. Ich meine dabei ausdrücklich sowohl das Landesbeamtengesetz als auch das noch ausstehende Besoldungsrecht.“

Auf Wunsch der FDP gibt es eine Aktuelle Debatte zur **Zukunft der Sportförderung in Sachsen-Anhalt**. Sie wird, wie das bei dem Thema nicht verblüffen kann, doch recht emotional geführt. [Dr. Detlef Eckert](#)/DIE LINKE stellt klar: „Seit etwa Anfang Dezember erreichen uns Briefe von Vereinen und Kreissportbünden, die uns darüber informieren, dass die Umsetzung des neuen Konzeptes der Sportförderung wesentlichen Bedingungen und Erfordernissen des Sportbetriebes nicht oder nur ungenügend gerecht wird. Hinweise aus der Sportorganisation zur Qualifizierung der Richtlinien wurden zum Teil nicht beachtet. Und: Nach wie vor können Anträge, egal auf welcher Ebene, rein rechtlich gesehen nicht bewilligt werden, weil die Richtlinien noch nicht veröffentlicht sind. Insgesamt muss ich feststellen: Die Situation ist sehr unbefriedigend! Und: Das ist ein klarer Fehlstart in die neue Olympiade!“
Beschlüsse werden hier bekanntlich nicht gefasst.

Schließlich ist da noch ein Antrag der FDP, es geht um ein [Konzept zum zukünftigen Bedarf der unterschiedlichen Bildungsabschlüsse](#). Für [Matthias Höhn](#)/DIE LINKE ist es dieser Antrag nicht einmal wert, in den Ausschüssen weiter beraten zu werden: „Ich möchte Ihnen ein Zitat vorlesen: „Das Ministerium für Volksbildung sichert auf der Grundlage des Perspektivplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft die proportionale Entwicklung der ihm unterstehenden Einrichtungen.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ich stelle fest, im Grunde Ihres Herzens sind Sie doch Planwirtschaftler!“

Mit Schützenhilfe der Koalitionsfraktionen schafft es der Antrag dann aber doch noch in die zuständigen Ausschüsse, er wird den Landtag also noch einmal erfreuen.

Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung:

TOP 08: Personalabbaukonzept jetzt zum Personalentwicklungskonzept qualifizieren (Drs. [5/1636](#))

Das Personalabaukonzept des Landes ist Dauerthema, DIE LINKE verlangt mit ihrem Antrag, nun endlich Nägel mit Köpfen zu machen. In der Antragsbegründung heißt es: „Nunmehr, in der Fünften Legislaturperiode, wird besonders durch das Personalentwicklungskonzept des Finanzministers auch nach mehrmaliger Überarbeitung immer deutlicher, dass eine Gesamtsicht auf den Personalkörper einschließlich der qualitativen Faktoren der Personalentwicklung, von der Landesregierung nicht angestrebt wird. Es ist in keiner Weise erkennbar, dass neben der ressortübergreifenden Ausweisung der Personalabbauraten an weiteren ressortübergreifenden qualitativen Personalentwicklungsfaktoren gearbeitet wird. Das ist völlig unverständlich, weil insbesondere im Zuge der Anhörungen vor der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ ein solches, in sich geschlossenes Personalentwicklungskonzept, von allen Anzuhörenden für unverzichtbar erklärt und von den Parlamentariern seit Jahren eingefordert wurde.“

Dr. Helga Paschke (s. [Redemanuskript](#)) dazu: „Der Landtag hat ein Leitbild Personal bereits seit längerem gefordert. Nach Vorlage der beschlossenen Personalabbauraten wird die Forderung um so dringlicher. Weil die Abbauzahlen allein jede Motivation nehmen. ... Der Unternehmensberater Felix Quesch hat den Begriff Personalentwicklung einmal ganz pragmatisch umrissen: „Personal so einstellen, einsetzen und entwickeln, dass der momentane und der zukünftige Auftrag optimal und selbständig ausgeführt werden kann.““

Trotz Zustimmung von FDP und LINKEN – die Mehrheit der CDU-SPD-Koalition lehnt den Antrag ab.

TOP 09: Konzept für eine interkommunale Funktionalreform in Sachsen-Anhalt vorlegen (Drs. [5/1704](#))

Der Landtag soll sich für eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltungsstruktur in Sachsen-Anhalt aussprechen, zudem wird die Landesregierung aufgefordert, bis Ende Mai 2009 ihre Vorstellungen für eine interkommunale Funktionalreform vorzulegen. In der Antragsbegründung wird das u.a. so untermauert: „Die Gemeindestruktur in Sachsen-Anhalt wird sich in den nächsten Jahren stark verändern. Die Anforderungen an die Gemeinden mit einer Mindestgröße von 10.000 Einwohnern werden insgesamt steigen. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE erfordert das neben einer Funktionalreform - vom Land auf die Kreisebene - eine interkommunale Funktionalreform.“

Gerald Grünert (s. [Redemanuskript](#)), kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion, bemerkt dazu: „Ich werbe also an dieser Stelle für die Annahme unseres Antrages und um die Beauftragung der Landesregierung ihre Vorstellungen für eine interkommunale Funktionalreform noch im Prozess der Gemeindegebietsreform und vor den Kommunalwahlen im Innenausschuss vorzustellen. Damit könnte ein echtes Zeichen der Ernsthaftigkeit des Wollens des Landtages gegeben werden, dass die Gemeindegebietsreform sich auch auf eine im Interesse der Bürgerinnen und Bürger liegende Funktionalreform stützen kann.“

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

TOP 10: Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. [5/1705](#))

Der Nachtragshaushalt soll noch im 1. Quartal vorgelegt werden, die Notwendigkeit dafür wird so begründet: „Die Landesregierung rechnet aufgrund des Konjunkturprogramms II mit Mehreinnahmen in Höhe von rund 300 Mio. €. Eine Reihe von Ministerinnen und Ministern verkünden bereits, welche Projekte damit finanziert werden könnten. Auch wenn es vonseiten des Bundes gewisse Vorgaben für die Verwendung des Geldes gibt, so muss das Budgetrecht des Landtages gewahrt werden.“

Die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion **Dr. Angelika Klein** (s. [Redemanuskript](#)) wirbt für das Anliegen: „Die von uns vorgeschlagene Frist, zum Ende des 1. Quartals einen Nachtragshaushalt vorzulegen, ist real. Der Nachtragshaushalt muss nicht hektisch aus dem Boden gestampft werden. Bis zur Landtagssitzung im März sind die genauen Zahlen bekannt und können eine gute Grundlage für den Nachtragshaushalt bilden. Es nützt uns nichts, wenn der Nachtragshaushalt erst wieder parallel mit dem Doppelhaushalt kommt. Das Konjunkturprogramm soll auf zwei Jahre begrenzt werden und wenn wir dann erst im Dezember beschließen, was wo gewollt ist, fließen die Gelder nicht ab. Ein Nachtragshaushalt entspricht der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit und wird für 2009 einfach notwendig sein.“

LINKE und FDP stimmen dem Antrag zu, die Koalition lehnt ab – die Landesregierung benötigt wohl doch noch Zeit, obwohl klar ist, dass der Nachtragshaushalt kommen wird und kommen muss.

TOP 11: Vergaberecht in Sachsen-Anhalt modifizieren (Drs. [5/1706](#))

Das Thema spielt auch im Zusammenhang mit Konjunkturmaßnahmen eine gewichtige Rolle. Das Ziel des Antrages wird in der Antragsbegründung u.a. so umrissen: „Damit insbesondere die regional tätigen, klein- und mittelständischen Unternehmen des Landes Sachsen-Anhalt sowie die dort beschäftigten Arbeitnehmer mehr von diesen Möglichkeiten profitieren können, sind die aktuellen Verordnungen zum Vergaberecht in Sachsen-Anhalt zu modifizieren. In diesem Zusammenhang fordert DIE LINKE die Gestaltung einer solchen Wettbewerbsordnung, bei der der Wettbewerb um öffentliche Aufträge als ein Leistungs-, Qualitäts- und Innovationswettbewerb ausgetragen wird. Der Gesetzgeber hat für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. ... Auch bedingt durch Ankündigungen der EU-Kommission, die Wettbewerbsregeln den Bedingungen der globalen Rezession anzupassen, hält es die Fraktion DIE LINKE für erforderlich, die Vergabebedingungen in Sachsen-Anhalt gesetzlich zu regeln.“

Dr. Frank Thiel (s. [Redemanuskript](#)), wirtschaftspol. Sprecher der Fraktion will es wissen: „Die Frage lautet: Wie wird die Landesregierung vorgehen, um das, was im Bundesgesetz beschlossen worden ist, auch in der Landesregelung umzusetzen? ... Hier sehen wir vor allem die Chance, dass viele der regional tätigen kleinen Bau-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe eine echte Chance haben, verstärkt an der Ausführung öffentlicher Aufträge beteiligt zu sein. ... Wir sind der Auffassung, dass das, was im Bundesgesetz geregelt ist, viel mittelstandsfreundlicher ist als unsere eigenen Landesvorgaben. ... Wann kommen wir davon weg, dass man nur von Erlassen oder regierungsinternen Verwaltungsvereinbarungen spricht, wenn es um wesentliche Dinge geht, die wir eigentlich im Landesrecht regeln müssten? Dazu gehören nach unserer Auffassung nach wie vor das Vergabegesetz und die Vergabeordnung. Das muss gesetzlich geregelt werden, denn wir sind der Auffassung, dass sowohl die Rolle des Parlaments als auch die Rechtssicherheit beim Auftraggeber und beim Auftragnehmer gestärkt werden sollten.“

Aber alle Beredsamkeit, alle Argumente sind vergebens – CDU, SPD und FDP lehnen den Antrag in trauter Gemeinsamkeit ab.

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung in der Reihenfolge der Tagesordnung:

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den Redebeiträgen der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

Landtagssitzung ab 2009: <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/reden/>
frühere Landtagssitzungen: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>
offizielles Wortprotokoll: [http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63&tx_exozetlsadoc_documentation\[cat\]=5&cHash=d21c04ca64](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63&tx_exozetlsadoc_documentation[cat]=5&cHash=d21c04ca64)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

Seit 2009: <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/presse/>
ältere: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

Homepage der Fraktion

Am 26. November 2008 wurde die Homepage der Landtagsfraktion in neuem Gewand freigeschaltet:

<http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/>

Die bisherige Seite (<http://www.linksfraktion-lsa.de/>) wurde noch bis zum 31.12.2008 aktualisiert und dient seither als Archiv.

Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Die in der Broschüre angekündigte Homepage ist nun ebenfalls zugänglich:

<http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

Die Seite soll zum Informations- und Diskussionsportal in Sachen Landesentwicklungsplanung entwickelt werden.

DIE LINKE im Bildungskonvent

Informationen sind hier zu finden: <http://www.bildungskonvent-dielinke.de/>

Aktuelle Termine und Veranstaltungen:

Samstag, 31. Januar 2009, Magdeburg

[„kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V. - Jahreshauptversammlung](#)

Sonntag, 01. Februar 2009

[Friedensweg Colbitz-Letzlinger Heide](#)

Montag, 02. Februar 2009, Magdeburg, Landtag, 19.00 Uhr

[Neujahrsempfang der Landtagsfraktion der LINKEN](#)

Freitag, 06. Februar 2009, Weimar

[Februar 1919/Februar 2009: Festakt zur Geburtsstunde unserer Demokratie](#)

Freitag/Samstag, 06./07. Februar 2009, Peine

[Gewerkschaftspolitische Konferenz: "Soziale Spaltung und Privatisierung - Linke Alternativen zum Marktradikalismus der Europäischen Union"](#)

Freitag, 13. Februar 2009

Bundesweite Demonstrationen gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden

Donnerstag/Freitag, 19./20. Februar 2009, Magdeburg

Landtagssitzung

Weitere Termin- und Veranstaltungsinformationen sind u.a. hier zu finden:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps:

- [DIE CHANCEN UND FEHLER POLITISCHER KOMMUNIKATION](#)
- [Partisanen, die bleiben](#)
- [Die andere soziale Kluft](#)
- [Bei Explosion bitte Handbremse anziehen](#)
- [Keine finstere Schurkenmacht wird uns helfen](#)
- [Wechsel!](#)
- [EUROPÄISCHE INTEGRATION STATT NATIONALSTAATLICHER BORNIERTHEIT](#)
- [Aus Politik und Zeitgeschichte \(Übersicht\)](#)

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drziska (V.i.S.d.P.), Email: drziska@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de